

Warum die AfD keine Alternative ist.

Ein Blick in die Programmatik der AfD zeigt, dass die Partei, die sich gerne als Vertreterin „des kleinen Mannes“ präsentiert, vor allem eins ist: Eine Partei des Sozialabbaus und der sozialen Ungleichheit.

Eine Partei, die Diskriminierung propagiert, die gegen Geflüchtete und sozial Benachteiligte hetzt, d. h. Menschen der gleichen Klasse ausgrenzt, ist keine Alternative für Erwerbslose, abhängig Beschäftigte und Rentner*innen:

Die AfD fordert, ...

[in Sachen Steuerpolitik]

- Abschaffung des Spitzensteuersatzes (derz. 42%) - d. h., Spitzeneinkommen sollen nach Kirchhofmodell wie alle anderen besteuert werden (25%)
- Abschaffung der Gewerbe-, Vermögens- und Erbschaftssteuer
- Ersetzung der Einkommensteuer durch ein Stufenmodell zu Lasten der Geringverdienenden
- d. h. weniger Steuern für Spitzenverdiener und Vermögende - umgekehrt stärkere Belastung vor allem für Menschen mit geringerem Einkommen
- Verschärfung des Bankgeheimnisses (die Verfolgung von Steuersünden würde erschwert werden)

[in Sachen öfftl. Daseinsvorsorge]

- weitere Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und Rückbau der sozialen Sicherungssysteme
- Ende der Parität von Arbeits- und Kapitaleseite bei der Einzahlung in Renten-, Gesundheits- und Sozialversicherung
- mindestens 45 Jahre in die Rente einzuzahlen (sonst gibt's nichts)
- Austrocknung der Sozialkassen (s. o.)

[in Sachen Umweltschutz]

- Fracking erlauben
- Geschwindigkeitsbegrenzungen aufheben
- Atomkraft weiter und stärker nutzen
- Maßnahmen gegen menschengemachten Klimawandel zurücknehmen

[in Sachen Militär und Waffenrecht]

- Wehrpflicht wieder einzuführen
- Zugang zu Waffen und deren Gebrauch erleichtern
- mehr Geld für das Militär, solange es nur nationalen Interessen dient

[in Sachen Arbeitsmarkt u. -recht]

- Sozialhilfe- und Bürgergeld-Beziehende zu Arbeitsdiensten zwingen
- Sozialleistungen kürzen
- Arbeitsrechte abzubauen
- Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zu Lasten der Beschäftigten

[in Sachen Frauenrechte]

- Abtreibung zu erschweren und Meldepflicht einzuführen
- „zurück zu traditionellen Rollen“, d. h. rechtliche und finanzielle Benachteiligung allein lebender und erziehender Frauen, ebenso lesbischer Partnerschaften oder Patchworkfamilien.
- Maßnahmen zur Gleichbehandlung in der Arbeitswelt zu verhindern

[in Sachen Menschenrechte]

- Strafmündigkeit auf 12 Jahre herabzusetzen
- individuelles Asylrecht noch weiter abzubauen
- Leistungen zur Integration einzustellen
- Freiheit zu sexueller Selbstbestimmung einzuschränken
- Religionsfreiheit einzuschränken

[in Sachen EUropa]

- ein Europa der Nationalismen
- weiterer Ausbau der „Festung Europa“ mit Waffengewalt
- das Ende des Schengen-Abkommens, das Reisefreiheit und freien Warenverkehr in der EU regelt

Ist die AfD also eine Protest-Partei? - Nein!

Mit ihrem Programm wird sie in erster Linie den Vermögenden, den Banken und den Konzernen dienen. Soziale Missstände werden nicht angepackt, die wahren Verursacher nicht genannt, schon gar nicht in die Pflicht genommen. Stattdessen will die AfD - wie ihre geistigen Vorväter - die Wut über die soziale Unsicherheit auf Minderheiten als Sündenböcke lenken.

Keine Stimme und kein Podium für die AfD!

Gegen die Aufzüge von AfD und ihren Wahlhelfer-Initiativen!

ICH VERSPRECHE: NIEDRIGERE STEUERN FÜR KAPITAL
UND VERMÖGENDE, TEURERES WOHNEN, LÄNGERE LEBENS-
ARBEITSZEIT, WENIGER SOZIALLEISTUNGEN, SCHWÄCHUNG
DER GEWERKSCHAFTEN, SCHLUSS MIT DEM KAMPF GEGEN
MENSCHENGEMACHTEN KLIMAWANDEL, FREIER ZUGANG ZU
SCHUSSWAFFEN FÜR ALLE, MEHR GELD FÜR DIE BUNDES-
WEHR, STOPP DER AUSLÄNDERFLUT UND EIN ENDE
DER GELDER FÜR ASYLANTEN!



EIN ENDE DER
GELDER FÜR ASYLANTEN!
SIEHST DU, DER IST FÜR
UNS KLEINE LEUTE!

© KARL
BERGER
2019

Eine Nicht-Wahl-Empfehlung

Mit Dank für die freundliche Erlaubnis des
österreichischen Cartoonisten Karl Berger
überreicht durch das

BGR
BÜNDNIS GEGEN RECHTS
ASCHAFFENBURG-MILTENBERG